

» MEHR FACHKRÄFTE: STÄRKUNG VON AUS- UND WEITERBILDUNG

Durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde das modernste Einwanderungsmodell weltweit eingeführt. Es bietet mehr Möglichkeiten für Personen aus anderen Ländern, eine verbesserte und nachhaltige Einwanderung sowie die Integration von Arbeitskräften. Dies soll künftig auf drei Säulen basieren: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Die Vereinfachung der Anerkennung von Abschlüssen schafft mehr Möglichkeiten, für die Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen. Der Arbeitsmarkt verändert sich. Es entstehen neue Berufe und andere fallen weg. Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen. Wir vereinfachen die Weiterbildungsförderung und öffnen sie für alle Betriebe. Zudem wird ein Qualifizierungsgeld eingeführt. Dies ermöglicht einen Strukturwandel.

UM MEINEN NEWSLETTER
ZU ABONNIEREN,
EINFACH SCANNEN »



DR. CHRISTOS PANTAZIS
Mitglied des Deutschen Bundestages

☎ 0531 - 480 98 22

✉ christos.pantazis@bundestag.de

🌐 www.christos-pantazis.de

📷 dr.christos.pantazis

📘 dr.christos.pantazis

» ENTLASTUNG FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Zum Jahreswechsel werden das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen erhöht. Pflegende Angehörige haben die Möglichkeit, pro Pflegebedürftigem jährlich bis zu zehn Arbeitstage Pflegeunterstützungsgeld zu erhalten. Ab 2025 wird ein Entlastungsbudget für pflegende Angehörige eingeführt, welches einen Beitrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege bereitstellt. Dadurch erhalten Pflegebedürftige und ihre Familien mehr Flexibilität.

» HÖHERE FÖRDERUNG FÜR MEHR STUDIERENDE

Den BAföG-Betrag haben wir 2022 deutlich erhöht, um mehr Studierenden einen Anspruch auf Förderung zu geben. Die Freibeträge vom Einkommen der Eltern oder Partner:innen wurden um 20,75 % angehoben – damit haben deutlich mehr Studierende Anspruch auf BAföG. Die Chancen auf ein Studium dürfen nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Der Förderungshöchstbeitrag ist von 861 € auf 934 € gestiegen und der Wohnzuschlag für auswärts Wohnende wurde auf 360 € angehoben.

» BESSERE KINDERARZNEIMITTELVERSORGUNG

Fiebermittel, Antibiotika und andere Medikamente waren Mangelware in den Apotheken Deutschlands. Deshalb haben wir die Preisregel für Kinderarzneimittel gelockert. Durch neu gesetzte Anreize sorgen wir dafür, dass Medikamente verfügbar sind. Auch um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen, haben wir das Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln verabschiedet.

» WAHLRECHTSREFORM: DER BUNDESTAG WIRD KLEINER

Wir haben das Wahlrecht reformiert! Ab der kommenden Bundestagswahl wird es zukünftig nur noch 630 Abgeordnete anstelle von derzeit 736 Abgeordneten im Deutschen Bundestag geben. Die Ausgleichs- und Übergangsmandate sowie die Direktmandatsklausel fallen weg. Die Fünf-Prozent-Hürde bleibt. Entscheidend ist ausschließlich das Ergebnis der Zweitstimme.

» DEUTSCHLANDTEMPO FÜR SCHNELLERES UND EINFACHERES AGIEREN

Um Deutschland zukunftssicherer zu machen, müssen wir schneller werden – ob bei der Energiewende, beim Bauen oder der Infrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden, damit z. B. ein Windrad am Ende schneller an den Start gehen kann. Doppelprüfungen werden künftig vermieden, darüber hinaus wird es auf kommunaler Ebene kürzere Verfahren geben, zudem Digitalisieren wir Prozesse, um beispielsweise den Wohnungsbau zu beschleunigen.

» SICHERHEITSSTRATEGIE & SONDERVERMÖGEN BUNDESWEHR

Einführung des Sondervermögens zur Stärkung der Bundeswehr. Hiermit werden wichtige und dringend benötigte Ausrüstungsvorhaben wie z. B. schwere Transporthubschrauber, persönliche Schutzausrüstung für Soldat:innen, Nachsichtgeräte, aber auch eine Fregatte für unsere Marine finanziert. Ein Teil der Gelder fließt auch in die Forschung und Digitalisierung der Bundeswehr. Um unsere Sicherheit gemeinsam mit internationalen Partnern zu stärken, haben wir eine Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen.

SPD Soziale Politik für Dich.



LIEBE BRAUNSCHWEIGERINNEN UND BRAUNSCHWEIGER,

herausfordernde Zeiten brauchen eine mutige und zukunftsorientierte Politik – genau das hat die Fortschrittskoalition in den vergangenen zwei Jahren eindrücklich gezeigt.

Unter der Führung unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz haben wir viele sozialpolitische Maßnahmen umgesetzt, die unsere Gesellschaft krisenfester und fairer gestalten. Viele der Investitionen und Maßnahmen, die auf der Bundesebene beschlossen wurden, entfalten auch in unserer Löwenstadt ihre Wirkung. So gab es kräftige Investitionen im Bereich Mobilität, Forschung, Soziales und digitale Infrastruktur.

Für mich ist und bleibt es ein zentrales Anliegen, die Interessen der Braunschweigerinnen und Braunschweiger auf Bundesebene mit Engagement und fachlicher Kompetenz zu vertreten. Dabei habe ich stets ein offenes Ohr für Ihre Anregungen und Fragen. Zögern Sie daher nicht, mit mir oder meinem Team Kontakt aufzunehmen!

»» DER 12 €-MINDESTLOHN: MEHR RESPEKT FÜR BESCHÄFTIGTE

Der Mindestlohn ist zum 1. Oktober 2022 auf 12 € gestiegen - eine Erhöhung von 22 Prozent! Für uns ist es eine Frage des Respekts, Arbeit so zu bezahlen, dass Menschen von ihrem Lohn leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für viele Beschäftigte ist es die größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Von der Erhöhung profitieren über sechs Millionen Arbeitnehmer:innen, besonders die Berufsgruppen mit geringer oder keiner Tarifbindung.

»» DAS DEUTSCHLANDTICKET: MIT 49 € BEQUEM DURCH DEUTSCHLAND

Seit dem 1. Mai mit dem Deutschlandticket für 49 € pro Monat bequem und unkompliziert durch ganz Deutschland fahren. Busse und Bahnen können im gesamten Nah- und Regionalverkehr genutzt werden. Das macht den ÖPNV deutlich attraktiver. Mobilität wird nachhaltiger und bezahlbarer. Das ist eine wichtige Entlastung und ein wegweisender Baustein der Mobilitätswende. Um die Finanzierung zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden € jährlich zur Verfügung.

»» BÜRGERGELD: FAIRE CHANCEN, MEHR RESPEKT UND SICHERHEIT

Mit dem Bürgergeld geben wir Menschen mehr Sicherheit, wenn sie in schwierige Lebenslagen geraten. Die Karenzzeit für Wohnen und Vermögen in den ersten zwei Jahren gewährleistet, dass das Lebensumfeld erhalten bleiben kann. Wir bringen Menschen mit dem Bürgergeld besser und gezielter in Arbeit, indem wir noch stärker auf Aus- und Weiterbildung setzen. Die Regelsätze wurden zum 1. Januar 2023 deutlich erhöht und krisensicher gemacht sowie die Freibeträge erhöht.

»» MEHR GERECHTIGKEIT DURCH ERHÖHTES KINDERGELD

Zum 1. Januar 2023 haben wir das Kindergeld auf 250 € pro Kind angehoben und die Kinderregelsätze sowie den Kinderzuschlag erhöht. Damit wird Schritt für Schritt für mehr gesellschaftliche Teilhabe und finanzielle Sicherheit für Familien gesorgt. 2022 gab es zudem einen Familienzuschuss in Höhe von 100 € pro Kind zum Kindergeld.

»» WOHNUNGELD-PLUS: BEZAHLBARERES WOHNEN FÜR MEHR MENSCHEN

Wohnen ist Menschenrecht und muss bezahlbar bleiben. Die Wohngeldreform wurde zum 1. Januar 2023 auf den Weg gebracht. Mit dem Wohngeld plus gibt es einen höheren Zuschuss zur Miete oder für das selbstgenutzte Eigenheim, um Bürger:innen mit niedrigem Einkommen zu entlasten. Das Wohngeld wurde zudem um eine dauerhafte Klima- und Heizungskomponente ergänzt, welche nun im Schnitt bei 370 € pro Monat liegt – doppelt so viel wie bisher.

»» VERBRAUCHER:INNEN ENTLASTEN BEI LEBENSHALTUNGSKOSTEN

Gestiegenen Kosten für Strom, Gas, Lebensmittel und Mobilität sind für viele Menschen zur Belastung geworden. Mit der Preisbremse für Strom, Gas und Fernwärme federn wir diese Belastung ab. Der Preis für den Grundbedarf wurde gedeckelt und durch die EEG-Umlage beim Strompreis komplett abgeschafft. Die Umsatzsteuer des Gaspreises wurde von 19 % auf 7 % gesenkt. Erwerbstätige sowie Rentner:innen haben eine einkommenssteuerpflichtige Energiepauschale von 300 € erhalten.

»» GLEICHE RENTE IN OST UND WEST DURCH RENTENSTEIGERUNG

Eine ausreichende Rente sichert nicht nur einen angemessenen Lebensstandard, sondern vermittelt auch Anerkennung, Wertschätzung und Respekt für die Lebensleistung. Zum 1. Juli 2023 stiegen die Renten: 4,39 % in Westdeutschland und in den neuen Ländern um 5,86 %. Das ist das größte Plus seit 40 Jahren. Durch die Rentenerhöhung von 2022 und 2023 wird die Rentenangleichung Ost ein Jahr früher erreicht als geplant. Damit bleibt das Rentenniveau stabil bei 48 %. Das ist ein wichtiges Signal für Menschen, die von kleinen Renten leben müssen. Maßgeblich zur Rentensteigerung beigetragen hat auch, dass wir den gesetzlichen Mindestlohn seit Oktober 2022 auf 12 € angehoben haben, wovon viele Menschen profitieren.

